

Ich habe sogar die Ansicht, dass auch  
hier bei unvollständigen Vertragswillen  
Erfüllungsleistungen von d. Dritten im letztem Sinne  
die eigentlichen Hintergründe d. Verurteilung  
beide in die mündliche Leistung.

Der Vertrag ist fertig, keine Offenbarung  
liegt nicht in d. Absichten der einzelnen Kläuser,  
sondern in anderen (Hinter)Gründen.

Keine Verantwortung ist jedenfalls gegeben,  
wenn sie diese od. jenen Vertragsklausel betrifft  
als wenn sie den Vertrag als Ganzes betrifft.

Die Rolle verschiedener anderer Freunde  
besonders in die nicht zu verlernen.

Bitte bitte diesen Brief vertraulich für  
Sie und teile ihm auch nicht mit Wichtig

Herzlichst dein  
Punkte

0 kvVI  
Der Bundesminister  
für die  
Auswärtigen Angelegenheiten.

9. 10  
Wien, am 25. November 1949.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler !

Lieber Freund !

Der englische Geschäftsträger Cheetham hat sich am 24. ds. mir gegenüber vernehmen lassen, dass ihm Bundesminister Waldbrunner kürzlich - bei welcher Gelegenheit wurde von Herrn Cheetham nicht gesagt - erklärt habe, das Parlament würde ein Kompensationsübereinkommen betreffend den vorgeschlagenen § 9 des Art. 42 voraussichtlich nicht ratifizieren. Herr Cheetham bat um Aufklärung, ob das heisse, dass die beiden in der Regierung vertretenen Parteien nicht bereit seien, einen allenfalls von ihnen im Ministerrat gefassten Beschluss auch im Parlament entsprechend zu vertreten. Bei der gegebenen Sachlage und mangels einer genauen Kenntnis der Erklärung des Ministers Waldbrunner musste ich mich darauf beschränken zu erklären, dass selbstverständlich die in der Regierung vertretenen Minister es als ihre Pflicht erachten würden, den beiden Parteien die Ratifizierung im Parlament zu empfehlen. Insoweit es meine Partei betreffe, stehe das ausser Zweifel, da wir ja sonst einem solchen Beschluss im Ministerrat auch nicht zugestimmt hätten. Mir sei aber auch von der sozialistischen Partei nie etwas Gegenteiliges mitgeteilt worden, daher könnte ich mir im Augenblick auf die Erklärung Ministers Waldbrunner keinen Reim machen.

Ich darf Dir, sehr verehrter Herr Vizekanzler, diesen Sachverhalt mit dem Bemerken mitteilen, dass, wenn die von Herrn Cheetham zitierten Bemerkungen eines Mitgliedes des Kabinetts auf Tatsachen beruhen sollten, damit das Vertrauen der Grossmächte

Herrn Vizekanzler  
Dr. Adolf S c h ä r f  
W i e n .

zu Regierungsbeschlüssen wesentlich erschüttert würde. Ich darf aber auch darauf aufmerksam machen, dass bei der gegebenen Situation sich daraus für die Vertragsarbeiten ernstliche Schwierigkeiten ergeben könnten, garricht zu reden davon, dass wir selbstverständlich zumindest die Vereinigten Staaten dringend um Hilfeleistung bei der Abzahlung der österreichischen Guthaben auffordern müssen und auch aus diesem Grunde eine derartige Haltung von sehr nachteiliger Wirkung sein kann. Ich darf in Einem noch betonen, dass im übrigen der Ministerrat eine Ermächtigung zum Abschluss eines solchen Abkommens ausgesprochen hat, dass aber heute noch keineswegs gesagt ist, dass es zu einem solchen Abkommen kommen wird. Es kann andererseits nunmehr der Fall eintreten, dass bei dieser Sachlage die Zustimmung Russlands zum § 9 durch entsprechende Nachgiebigkeit der Westmächte bei anderen Artikeln - ich denke insbesondere an Art. 48 bis - erkaufte werden könnte, was uns unter Umständen teurer zu stehen kommen würde.

Ich bitte Dich deshalb, sehr verehrter Herr Vizekanzler, dass Du als Chef der sozialistischen Partei, falls Du von den Engländern auf diese Angelegenheit angesprochen werden solltest, die hier angeführten Umstände in Berücksichtigung ziehst. Im übrigen hoffe ich, dass wir in der kommenden Woche eine eingehende Aussprache über die laufenden Fragen abführen können. Ich werde mich zu diesem Behufe mit Deinem Sekretariat am Montag in Verbindung setzen.

Inzwischen verbleibe ich mit besten Grüßen

Dein

Gruber m.p.

Notiz über Besprechung bei Botschafter Donnelly  
am 2. Oktober 1951.

Anwesend: Bundeskanzler Figl, Vizekanzler Schärf,  
 die Minister Dr. Gruber und Helmer,  
 Staatssekretär Graf,  
 General Irwin.

Botschafter Donnelly begrüßt die Anwesenden und stellt fest daß meherer Wochen verstrichen sind, seit er das Vergnügen gehabt habe, mit den Herren über "die Sache" zu sprechen. Verschiedene Entwicklungen in der Zwischenzeit machen es nötig, eine neuerliche Besprechung über dasselbe Thema abzuhalten. Es sind bereits Fortschritte erzielt worden und er (Botschafter Donnelly) hoffe, daß es im Laufe des Nachmittags zu einer Einigung kommen werde.

Es seien verschiedene Punkte zu diskutieren, da sich verschiedene kleine, jedoch nicht sehr wichtige Mißverständnisse ergeben haben. Es wäre nun Zeit für eine Klärung und Erweiterung des Programms.

Eine der wichtigsten Entwicklungen in der Zwischenzeit sei die Sache mit dem Staatsvertrag. Bei der Konferenz der drei Außenminister hat man sich darauf geeinigt, daß man

- 1.) mit dem Plan für den Staatsvertrag so rasch als möglich beginnen sollte,
- 2.) eine Zusammenkunft der stellvertretenden Außenminister stattfinden solle,
- 3.) daß ein Alternativplan für den Fall ausgearbeitet werden sollte, wenn der Staatsvertrag wegen der Russen nicht zustande kommt.

Die drei Westmächte wollen den Staatsvertrag weiterbringen. Nach der Zusammenkunft der drei Außenminister hat man sich geeinigt, daß die Zusammenkunft der drei stellvertretenden Außenminister schon in der nächsten Zeit stattfinden solle. Der Termin wurde für November oder Dezember ds. Js. festgelegt. Sollten die Russen diesmal den Abschluß des Staatsvertrages ablehnen, dann haben die drei Westmächte ein Alternativprogramm auszuarbeiten. Dies sei bereits mit Minister Gruber besprochen worden. Der Alternativplan ist bereits in den 64 Händen von Minister Gruber. Sollten die Russen nicht geneigt sein, diesen Alternativplan anzunehmen, dann werden die drei Westmächte, wie bereits mit Min. Gruber besprochen, die Sache vor die Vereinten Nationen bringen. Es habe den Anschein, e

als ob die Russen nicht gewillt seien, irgendeinen Plan anzunehmen. Auf alle ~~Plan~~ Fälle müsse man jedoch mit dem dem Sicherheitsplan weiterkommen für den Fall, daß die Russen den Staatsvertrag oder den Alternativplan annehmen. Die amerikanische Regierung (das Verteidigungsministerium und General Irwin) glauben nicht, eine raschere Behandlung des Staatsvertrages befürworten zu können, wenn nicht irgendwelche Maßnahmen vorerst ergriffen würden, um die Sicherheit Österreichs zu garantieren.

Der Ausgangspunkt für die Sicherheit Österreichs wären natürlich die 5000 Mann Gendarmerie.

Botschafter Donnelly fragt nun an, ob es angenehm sei, <sup>diese Sache</sup> d. i. die Rekrutierung der 5000 Mann Gendarmerie zu <sup>sprechen</sup>.

Nun schaltet sich General I r w i n in die Diskussion ein und nimmt Bezug auf die letzte Besprechung in dieser Angelegenheit, die ungefähr mit denselben Herren stattgefunden hat. Damals habe man sich geeinigt, daß das Programm der Rekrutierung der 5000 Mann nach folgenden Gesichtspunkten erfolgen solle:

Rekrutieren, organisieren, ausbilden und verwenden nach militärischer Art. Die 5000 vertragsangestellten Gendarmen sollen als ein Kader von Offizieren und Unteroffiziere für die künftige österreichische Armee entwickelt werden. Außerdem sollen die örtlichen Gendarmeriebehörden rund 1500 Personen registrieren, die bereit und tauglich wären Waffen zur Verteidigung des Landes im Notfalle zu tragen.

Es wurde eine Schätzung gemacht über die Gelder, die notwendig wären, um dieses Programm durchzuführen.

Es wurde festgestellt, daß 65.000.000 pro Jahr genügen würden. Die amerikanische Regierung sei bereit, diese Summe zur Verfügung zu stellen.

Diese neu rekrutierten Gendarmen seien zusätzlich zu der regulären Gendarmerie gedacht. Dies sei im Verlaufe der Diskussion noch zu klären.

Zwei Kategorien der Gendarmerie seien nötig: die reguläre Gendarmerie in den 3 mobilen Bataillonen, die die Amerikaner ausgerüstet haben und außerdem die 5000 Mann der vertragsangestellten Gendarmen. Bisher hat die amerikanische Regierung der österr. Bundes-

regierung 14 Mill.Schilling zur Verfügung gestellt.

Dieser Punkt erfordere eine Diskussion und zwar über

- 1.) die <sup>Namen</sup> ~~Namen~~ der Personen, die für die 5000 Mann zusätzlicher Gendarmen rekrutiert worden sind,
- 2.) Abgabe eines Berichtes über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Gelder.

Es sei für die Amerikaner sehr wichtig, sich davon zu überzeugen, daß diese Gelder wirklich zu dem Zweck verwendet worden sind, für den sie bestimmt waren, um sich vor ihrer Regierung rechtfertigen zu können.

In der Organisation sind Fortschritte erzielt worden. Major R a u s c h e r, der österreichische Vertreter beim Salzburger Komitee, ist im Bilde und arbeitet bereits mit dem Salzburger Komitee. Mj.R.kommt nicht gerne in die sowjetische Zone oder nach Wien (die Amerikaner würden dies auch nicht gerne sehen), er muß aber Kontakt halten mit Minister Helmer und Sekt.Chef Krechler. Es wird eine Methode vorbereitet, um seine Botschaften auf sicherem Wege nach Wien zu bringen. Mr.Imhof wird als Mittelsmann vorgeschlagen. Gen.Irwin erachtet dies als den sichersten Weg und ist der Meinung, daß auf diese Weise die Militärbehörde mit dem Herrn Minister in Wien vor der Öffentlichkeit keines falls in Zusammenhang gebracht werden könnte.

Wenn Min.Helmer eine Botschaft für Mj.Rauscher hat, kann er denselben Weg (via Mr.Imhof) gehen.

Gen.Irwin betont, daß er es gerne sehen würde, wenn die österr!Bundesregierung mit vorstehender Darlegung übereinstimmen würde.

Herr B.K. F i g l antwortet, daß er das Programm für die soeben stattfindende Unterredung vom Herrn Botschafter bekommen und, da es sich um sehr ernste und wichtige Fragen handle, bereits mit den anwesenden Kollegen von der Bundesregierung besprochen habe, um die Vertraulichkeit zu wahren. Seit dem Jänner ds.Js.sei über die zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen für Österreich schon einige Male verhandelt worden B.K.und seine Ministerkollegen haben sich damals bereit erklärt, auch aus eigenen Mitteln für die Verteidigung des Landes beizutragen, um auf diese Weise alle Voraussetzungen für den Staatsvertrag zu schaffen.

Er stehe zu seiner damaligen Bekanntgabe, aus eigenen Mitteln mitzuhelfen und sei bereit, die einzelnen Punkte, wie vorgezeichnet, der Reihe nach zu besprechen, um absolute Klarheit zu schaffen.

B.K. Figl bittet, den zuständigen Ressortminister Helmer in dieser Sache zu hören.

Minister Gruber fügt bei, daß vorher noch der Stand der Dinge auf dem Gebiete der Rekrutierung und auch auf dem Gebiete des Geldes geklärt werden muß, und zwar durch eine Besprechung untereinander. Einige Punkte erfordern noch eine kurze Aussprache zwischen den österreichischen Minister Botschafter Donnelly ist damit einverstanden.

Minister Helmer führt nun aus, daß das Programm im Jänner besprochen und das Geld im Mai zur Verfügung gestellt wurde. Daraufhin wurde sofort mit der Aufnahme der vertragsangestellten Rekruten begonnen. Von Mai bis September sind 900 Mann rekrutiert worden. Derzeit beträgt die Zahl der rekrutierten Vertragsangestellten ~~188~~ 1900 Mann. Die Vertragsbediensteten Gendarmen sind in militärische Einheiten zusammengefaßt und werden natürlich auch dementsprechend geschult. Es sei klar, daß die Rekrutierung in den Sommermonaten etwas schwer gewesen ist, doch ist sie jetzt im Anlaufen.

Minister Helmer stellt fest, daß

bis Ende Dezember 1951 .....	3000 Mann
bis Ende März 1952 .....	4000 Mann
und bis anfangs Juni 1952 .....	5000 Mann

zur Verfügung stehen werden.

In der Zwischenzeit haben sich die Kosten für die Rekruten<sup>ten</sup> ~~erhöht~~ erhöht.

Min. Helmer weist zunächst darauf hin, daß vorerst die Gebäude und Unterkünfte sichergestellt werden müssen, bevor die Rekruten einrücken. Dies verursacht Kosten.

Min. Helmer stellt nochmals fest, daß die im Jänner besprochene Rekrutierung von 5000 Mann absolut in Durchführung ~~ist~~ und daß die Aufstellung und Ausbildung der Rekruten im Gange ist.

Min. Helmer betont, daß es ihm eine Neuheit ist, daß drei<sup>zig</sup> mobile Bataillone aufgestellt worden sind und überdies

noch 1500 Mann mehr aufzustellen seien.

Minister Helmer gab bekannt, daß er eine ganz genaue Aufstellung über die vertragsbediensteten Gendarmen, nach Ländern aufgestellt, hat. Sobald die Unterkünfte gesichert sind, wird die Rekrutierung mit Nachdruck fortgesetzt werden und es sei anzunehmen, daß die Termine eingehalten werden können.

Herr Bundeskanzler bestätigt, daß bereits drei Hauptschulen bereitgestellt sind, drei Bataillone ausgerüstet ~~wurden~~ und mobil gemacht wurden und außerdem 5000 Mann rekrutiert werden.

Min. H e l m e r gibt bekannt, daß die Gendarmerie derzeit einen Stand von 2.951 Mann hat, jedoch 11.297 Mann haben sollte. Die 5000 Rekruten werden auf die Beine gebracht. Die mobilen Bataillone seien eine andere Sache

General I r w i n meint, daß die drei mobilen Baone ursprünglich aus der regulären Gendarmerie heraus aufgestellt ~~wurden~~ und daß ihnen Waffen gegeben werden sollten, bevor noch die Rede von den 5000 Mann war. Diese drei mobilen Baone haben tatsächlich bestanden und es ist ihnen Ausrüstungsmaterial zur Verfügung gestellt worden.

Herr Bundeskanzler sagt: Das war nach der Oktober-Revol. Da haben wir gesehen, daß unsere Gendarmerie nicht genügend beweglich ist. ~~Als~~ jeder der drei Zonen soll ein reguläres Bataillon aufgestellt werden.

General I r w i n meint, daß es, was die reguläre Gendarmerie anbelangt, wünschenswert sei, daß Min. Helmer auf den Stand komme, den er für wünschenswert halte, also auf ungefähr 10.000 Mann. Die Amerikaner wünschen hierzu noch zusätzlich die 5000 Mann der neu aufzunehmenden Rekruten, die zum Teil bereits aufgestellt sind. Was die Frage der drei mobilen Bataillone anbelangt, müsse darüber noch diskutiert werden.

Herr Bundeskanzler wiederholt, daß man im Oktober v. J. die Gendarmerie nicht einsetzen konnte, weil keine

Fahrzeuge zur Verfügung standen. Darauf wurde gesagt, daß wir in der westlichen Zone ein Bataillon aufstellen. Wir bekamen dieses. Im Rahmen der regulären Gendarmerie wurden drei Baone mobil gemacht.

Herr Buka klärt Mißverständnis auf und sagt:

Wir haben 11.000 Mann reguläre Gendarmerie und zusätzlich 5000 Mann. Drei mobile Baone sind vorhanden, die ~~zur~~ ~~zusätzlich~~ 5000 Mann sind zusätzlich zu rekrutieren.

Staatssekretär G r a f verlangt, zwei Dinge auseinander zu halten und zwar die reguläre Gendarmerie, die in dieser Besprechung uninteressant sei und die militärische Gendarmerie, d.s. die 5000 Mann. Nur mit dieser Frage habe man sich zu beschäftigen.

In der Praxis habe es sich erwiesen, daß mit der regulären Gendarmerie die Sache, die General Irwin will, nicht zu machen sei.

Es seien also nur die 5000 Mann zu besprechen und die reguläre Gendarmerie ganz abseit zu halten.

General I r w i n richtet die Frage an Minister Helmer, ob er über die Sicherheitslage beunruhigt sei, falls ihm keine zusätzliche Gendarmerie zur Verfügung steht.

Min. H e l m e r antwortet: Die reguläre Gendarmerie wird in Schulen zusammengefaßt, damit sie einsatzbereit ist; die reguläre Gendarmerie wird geschult; die 5000 Mann sind eine separate Sache.

Bundeskanzler F i g l sagt: Die reguläre Gendarmerie dient zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Lande und ist soweit organisiert, daß wir mit unvorhergesehenen Ereignissen fertig zu werden glauben.

Min. G r u b e r ist dafür, daß die Sache der regulären Gendarmerie geheim behandelt werden solle.

69

Minister H e l m e r führt aus, daß alle Waffen, die die öst. Regierung bekommen hat, den 500 Mann ~~zugewiesen~~

zugewiesen und mit diesen abgerichtet werden.

Minister Gruber macht den Einwurf ...und sind nicht für die reguläre Gendarmerie, doch macht Min.Helmer die Einschränkung: mit einer einzigen Ausnahme in der Sowjetzone in Wien wurde ein Teil der Waffen, die uns zugewiesen wurden, an 466 Mann verteilt, die jedoch jederzeit transferiert werden können. Was in Wien ist, ist für einen Ernstfall in Wien bestimmt, doch können diese Gendarmerietruppen sofort in den westlichen Ländern verwendet ~~werden~~ und jederzeit transferiert werden.

Ein amerikan. Oberst fragt nun, ob diese Waffen aus der amerikanischen Zone nach Wien transportiert worden sind. Min.Helmer bejaht dies und sagt, es handle sich hier um leichte Schußwaffen und Maschinenpistolen.

Min. Gruber fragt General Irwin, ob ihn diese Antwort zufriedenstelle. Gen.Irwin bejaht.

Bundeskanzler Figl fügt erklärend hinzu, daß diese Gendarmen nur deshalb in Wien sind, weil man ja im Ernstfalle mit der Wiener Polizei nicht in die Umgebung hinauskönnne, während dies mit Gendarmen möglich sei.

Botschafter Donnelly meint nun, daß es von großer Wichtigkeit sei, die Wintermonate gut auszunützen und fragt an, ob es möglich wäre, ob die genannten Termine von März und Juni vorverlegt werden können.

Min. Helmer sagt, man würde dies versuchen. Es müssen jedoch bei der Rekrutierung strenge Maßstäbe angelegt werden, sowohl in politischer als in gesundheitlicher Hinsicht. Auch bestehe keine große Lust zum Eintritt in diese Einheit. Min.Helmer sagte zu, in den Wintermonaten die Rekrutierung dieser 5000 Mann zu forcieren und sich zu bemühen, bis Ende März damit

fertig zu werden.

Min. G r u b e r meint, man könne sich heute noch nicht festlegen, wann diese 5000 Mann bereit stehen werden. Man werde sich jedoch bemühen, die Sache zu betreiben und vielleicht bis Ende Februar fertig zu bringen.

General I r w i n sagt, daß vom Standpunkte der Planausgesehen der 1. Juni 1952 der äußerste Termin ist. Wenn die Sache früher erledigt werden könnte, wäre dies wünschenswert.

Botschafter D o n n e l l y will nun wissen, ob der Plan eventuell bis Ende März durchgeführt werden könnte. Min. H e l m e r sagt, er werde alles tun, was er kann, doch müsse er vorerst die Unterkünfte sicherstellen. Doch müssen die Gelder regelmäßig einlaufen.

Bundeskanzler F i g l führt an, daß bis jetzt 14,100.000 S eingelaufen sind, jedoch bereits 21,119.824 verausgabt wurden.

Min. H e l m e r bestätigt dies und sagt: von Mai bis August haben wir 14,100.000 S bekommen, es fehlen uns noch 8.320.000 S, für die der Finanzminister in Vorlage getreten ist.

Staatssekretar G r a f klärt Irrtum auf: Unsere effektiven Ausgaben, so sagt St. S. Graf, betragen von Mai bis August ..... 10,891.000 Ø S . Nun gibt es aber Ausgaben, die man erst nachträglich verrechnen kann, die aber vorher schon anlaufen und diese betragen von August bis Oktober ..... 22.000.000 S. Und darauf haben wir bis jetzt nur 14,000.000 S erhalten. Die Differenz zwischen der österr. und der amerikan. Auffassung besteht darin, daß die Bundesregierung auch das gerne haben möchte, was noch nicht verrechnet werden kann, während die Amerikaner nur das bezahlen wollen, was verrechnet werden kann.

Botschafter D o n n e l l y gibt die Zusicherung, noch im Laufe dieser Woche 9 Millionen zu übergaben, sodaß sich die Zahlungen auf 23 Millionen S erhöhen.

Min. H e l m e r stellt fest, daß der Wunsch nach einer genauen Verrechnung ausgesprochen wurde. Er wird diesen Wunsch erfüllen und detaillierte monatliche Aufstellungen übermitteln.

Botschafter D o n n e l l y hat eine einfache Formel dafür (Min. Helmer wird eine schriftliche Aufstellung gezeigt) und fragt an, wann er den nächsten Bericht darüber haben könne.

Min. H e l m e r sagt zu, es gleich übersetzen zu lassen und noch diese Woche zu antworten.

Botschafter D o n n e l l y erwiedert: von jetzt an werden die Zahlungen nur auf der Basis von 5 Mill.S monat. erfolgen.

Min. H e l m e r: Ich weiß nicht, ob wir damit durchkommen werden.

Staatssekr. G r a f schlägt Kompromiß vor und zwar, daß die ~~Summe~~ Vorauszahlungen immer in der Höhe der Zahlungen vom Vormonat erfolgen, da die Ausgaben jetzt durch die forcierte Rekrutierung ansteigen werden.

D o n n e l l y : außerdem werden die 65000 *Libb.* auf jeden Fall gezahlt.

Min. G r u b e r: Helmer ist mit den 5 Mill.S monatl. zufrieden.

General I r w i n betont nun, daß er sehr interessiert daran sei, daß das zur Verfügung gestellte Geld auch tatsächlich für die Zwecke verwendet wird, für die es bestimmt ist. Er ist der Meinung, daß da ein Mißverständnis vorliegt.

Min. H e l m e r sagt, daß alles nur zu dem Zweck verwendet worden ist, zu dem es bestimmt war. Er wird detaillierte Aufstellungen geben.

D o n n e l l y bittet Min. Helmer, kurz anzugeben, wofür das Geld lt. seiner detaillierten Aufstellung ausgegeben worden ist.

Min. H e l m e r antwortet: für Personalaufwand, laufende Sachaufwände und einmalige Sachaufwände (Einrichtung von Schulen)

Nach dem jetzigen Stand ~~könnte man erwarten, daß~~ der ~~proxiom~~ Dinge werde das Auslangen mit den angenommenen 850 S pro Mann nicht gefunden werden können, sondern es wird sich infolge der Preis- und Lohnerhöhungen auf 1500 S pro Mann erhöhen. Auch die Sachauslagen sind gegenüber der Annahme vom Jänner ds. Js. ebenfalls um 25% höher. Auch für die Herrichtung der Gebäude und Unterkünfte hat Min. Helmer 4 Mill. ausgegeben und ist sicher, daß er noch 3 Mill. S für die 5000 Mann brauchen wird. Die derzeitigen Kosten für den Treibstoffbedarf belaufen sich auf 200.000 S monatlich.

Min. G r u b e r meint, es wäre das beste, wenn ein Herr von der amerikanischen Seite mit einem Herrn vom B. M. t. I. zusammenkommt und die detaillierte Liste über die Ausgaben durchsicht.

General I r w i n will wissen, ob sich die Gehälter der regulären Gendarmen ebenfalls erhöht haben. Min. Helmer bejaht dies.

Es wird nun eine Pause eingeschaltet, um den Herren von der amerikanischen Seite und von der österr. Bundesregierung Gelegenheit zu geben, sich untereinander auszusprechen.

..oOo..

General I r w i n bittet um Aufklärung über zwei Punkte, die nicht im Programm, jedoch im Zusammenhang mit der mobilen Gendarmerie und den vertragsangestellten Gendarmen stehen und zwar:

- 1.) über die Gendarmerie als Kader für die zukünftige österr. Armee,
- 2.) was geschieht im Falle eines Notstandes.

Min. H e l m e r antwortet:

Die 5000 vertragsangestellten Gendarmen bilden im Prinzip ~~den~~ Kader für die zukünftige österr. Armee. Sollte es aber zu einem plötzlichen Notstand (Angriff seitens der Russen) kommen ~~sollte~~, würden alle Gendarmen in Frage kommen.

Solange diese mobilen Bataillone aus regulären Gendarmen zusammengesetzt sind, müssen 15000 Gendarmen in der Benutzung von Panzerspähwagen ausgebildet werden. Wenn auch diese Leute nicht zu den mobilen Baonen gehören, so betrachte ich sie (sagt Min. Helmer) immerhin als eine Reserve, die zur Verfügung steht.

Gen. I r w i n : Ich möchte die Ansicht der Regierung über folgende Frage hören. Würden im Kampffalle alle Gendarmen bereit sein, die Streitkräfte der Westmächte zu unterstützen ?

B. K. F i g l : Alle österreichischen Exekutivorgane sind zur Verteidigung der Heimat da. Die Gendarmerie muß für Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Lande sorgen. Wir können daher das Land nicht von der Exekutive entblößen.

Gen. I r w i n : Ich will nicht widersprechen, doch bestand ursprünglich die Idee, daß die ausgebildeten Gendarmen einen Sicherheitstrupp für den Notfall darstellen sollen.

Die Möglichkeit, 5000 zusätzliche Gendarmen aufzunehmen hat einen Wechsel in den ursprünglichen Plänen mit sich gebracht. Jetzt ist es nicht mehr so, daß die mobilen Baone innerhalb der regulären Gendarmerie, sondern die 5000 zusätzlichen Gendarmen für die Aufnahme in die zukünftige Armee bestimmt sind. Wir sind ~~verblüfft~~ <sup>Wir haben</sup> von dem Zusammenreffen dieser zwei Punkte nicht gewußt, ob es der Plan war, die 3 Baone und 15000 Mann innerhalb der regulären Gendarmerie beizubehalten oder innerhalb der 5000 Vertragsangestellten. Wie wir es jetzt v r stehen, sind diese mobilen Baone in einem Wechsel begriffen. Wir haben nun einen anderen Plan für die vertragsangestellten Gendarmen. Jetzt wollen wir sehen, ob dieser ~~Plan~~ Plan, d. i. die 3 mobilen Baone innerhalb der 5000 Vertragsangestellten aufzustellen, möglich ist oder ob wir unseren Plan ändern müssen. 74

Wir müßten die Idee von den mobilen Einheiten aufgeben. Bevor dieser Schritt gemacht wird, will Gen. Irwin folgen wissen: Ist es möglich, daß die 1500 Gendarmen ~~in der~~ ~~in der~~ der regulären Gendarmerie, die innerhalb der 5000 ausgebildet werden, wieder gesammelt werden und diese Ausrüstung übernehmen könnten im Falle eines Krieges oder bei Kriegsdrohung? Ich möchte wissen, ob ich damit rechnen kann, daß zusätzlich zu den 5000 Mann noch 1500 Mann ausgebildet werden können?

Min. G r u b e r bittet um Unterbrechung, um diese Frage untereinander klarstellen zu können. -----Besprechung-----  
Min. Gruber antwortet darauf in engl. Sprache (würde nicht übersetzt) Der letzte Satz in deutscher Sprache lautete: Wenn ein russ. Angriff erfolgt, besteht sofort ein Kriegszustand. Österreich hat dann die Pflicht, das Land zu verteidigen.

Gen. I r w i n : Ich möchte gerne wissen, wie hoch der Prozentsatz in den Ländern ist, die im Falle eines russ. Angriffes frei würden.

B. u. F i g l : Das ist schwer zu sagen.

Min. G r u b e r gibt darauf die Antwort wieder in englischer Sprache (keine Übersetzung)

Gen. I r w i n erwidert, It's allright. Doch glaube ich, daß es noch immer Mißverständnisse gibt in der Frage der 15000 Mann und zwar ob diese im Ernstfalle gleich ~~zur~~ bereitstehen oder sich erst freiwillig melden müssen. Ich möchte die Situation erreichen, sagt Gen. Irwin, daß <sup>uns</sup> für den Ernstfall ~~Kadark für die Hochschullehrer~~ ~~beraten~~ könnte. Im Ernstfalle müßte man diese Leute sehr rasch heranbilden.

Min. G r u b e r antwortet: Ich habe den drei Hochkommissaren bereits erklärt, daß es für die österr. Bundesregierung unmöglich ist, über diese Frage Abmachungen zu treffen. Dies kann nur auf der Länderbasis geschehen, getrennt nach Ländern und Zonen. Doch wird die Bundesregierung ihre Dienste hierzu zur Verfügung stellen. Hr (Min. Gruber) und seine Kollegen Halmer und

Graf werden hierüber mit den Landeshauptleuten reden. Diese Frage kann nicht auf der Bundesebene geregelt werden. Zwingen könne man die Länder nicht, es müsse freiwillig geschehen. Diese Frage müsse zum Gegenstande einer Besprechung der Bundesregierung mit den einzelnen Hochkommissaren gemacht werden.

Gen. I r w i n: Ich verstehe die Gründe, daß dies auf der Landes- und nicht auf der Bundesebene gemacht werden muß.

Min. G r u b e r antwortet wieder englisch und sagt nur abschließend, daß Gen. Irwin wünscht, daß die Bundesregierung bald mit den Landeshauptleuten spricht. Min. Gruber fragt seine Regierungskollegen, ob diese Besprechung zu fünf stattfinden soll oder nur er, Min. Helmer und St.Graf anwesend sein sollen?

B.K. F i g l antwortet: Nächste Woche kommen die Landeshauptleute ohedies nach Wien.

Gen. I r w i n gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es zu einem gemeinsamen Plan zwischen der österreichischen und amerikanischen Regierung kommt/ über die Verwendung der Leute, die jetzt ausgebildet werden. Vielleicht wird dies der Gegenstand einer Diskussion bei einer der nächsten Zusammenkünfte sein.

Min. G r u b e r antwortet: Wenn die legale österreich. Autorität existiert, wird es eine Leichtigkeit sein, diese Frage zu beantworten.

Botschafter D o n n e l l y/ will nun wissen, was mit den österreichischen Sicherheitskräften im Falle eines Krieges geschieht und wie hoch der Status der österr. Sicherheitskräfte ist.

Min. G r u b e r verweist auf die Zeittafel. Er sagt: Gesetzt den Fall, die Russen stimmen im Oktober oder November dem Abschluß ~~xixx~~ des Staatsvertrages zu, dann wird es notwendig sein, ein Redaktionskomitee zu bilden, um den Staatsvertrag in unterschriftsreife Form zu bringen. Dies dauert bis März n.J.. Für die Ratifikation werden weitere 4-6 Monate gebraucht, das wäre bis September n.Js. Dann würden die 90 Tage zu laufen 76 beginnen.

Wenn im November der Vertrag gemacht werden sollte, würde die österreichische Regierung zusammentreten und Pläne entwickeln und die Aufstellung der Heereseinheiten sofort beschleunigen. Mit entsprechender Unterstützung könne sich <sup>über</sup> Min. Gruber vorstellen, daß die österr. Regierung im Jänner/10.000 Mann Gendarmerie verfügen würde, die vollkommen ausgerüstet ~~und~~ sein und den Rahmen der Armee bilden würden und zwar bis zur Ratifikation des Vertrages. Dann stünden die 90 Tage zur Verfügung, um offen und legal die österr. Armee zu organisieren. Wenn die Gesetze entsprechend vorbereitet sind, wäre es möglich, während dieser Zeit die Armee auf 20.000 Mann zu erhöhen bis zum Ende der Räumung Österreichs. Voraussetzung hierfür ist, ~~das Material und die Ausrüstung zu bekommen.~~ ~~das Material und die Ausrüstung zu bekommen.~~ Das wäre das Minimum. Vielleicht könne man den Stand auf  $\approx$  30-40.000 bringen.

Botschafter D o n n e l l y rekapituliert:

Es stünden in Österreich demnach zur Verfügung:

20.000 Mann Armee  
11.000 Mann Gendarmerie  
9.000 Mann Polizei.

General I r w i n fragt: wird es notwendig sein, die Gehälter dieser vertragsangestellten Gendarmen zu erhöhen oder ist dies bereits geschehen?

Min. H e l m e r: sie werden nach dem Bundes-Schema bezahlt.

Gen. I r w i n: Ist die ursprüngliche Schätzung, wie viel dieses Programm kosten wird, nicht in Betracht gezogen worden? (Erhöhte Landeskosten und Länderfaktoren haben den ursprünglichen Voranschlag über den Haufen geworfen. Werden daher die 65 Millionen reichen?)

Min. H e l m e r: Ende des Jahres wird man dies beifügig sagen können, hängt ganz von der Rekrutierung a

Gen. I r w i n möchte zwei Dinge wissen:

1.) die Höhe der Ausgaben für die <sup>Dinge wissen:</sup> Wiederinstandsetzung der Kasernen usw., auf ein Minimum herabgesetzt.

2.) bittet er um Kostenvoranschlag für die Instandsetzungsarbeiten.

Min. H e l m e r : wird geschehen.

Gen. I r w i n : die nächsten Fragen betreffen die Organisation. Er sagt: ein Ding würde ich <sup>gerne</sup> in diesen Punkt einbezogen sehen, der nicht auf der Liste steht, nämlich: es sind wohl alle Vorkehrungen getroffen worden für die Ausbildung von Kampftruppen, aber keinerlei Vorkehrungen für Stabs- und Nachschubtruppen.

Min. H e l m e r : Wir wissen nicht, wie wir ~~xxx~~ momentan offen Schulen für Stabs- und Nachschubwesen einrichten sollen, ohne uns den Angriffen der Russen auszusetzen. Ich würde es gerne sehen, wenn innerhalb der Gendarmerie eine ganz kleine Stabs- und Nachschubtruppe eingerichtet würde, die das Material, das die Gendarmen von der amerikanischen Regierung erhalten, in Empfang nehmen und verwalten könnte. Diese Handlungsweise könnte nicht kritisiert werden. Es muß eine Stelle da sein, die dafür verantwortlich ist, was die Gendarmerie empfängt.

Min. H e l m e r : dies ist bereits festgesetzt, nur muß man sehr vorsichtig zu Werke gehen.

Gen. I r w i n : Das Risiko ist nicht so groß, da es ja bekannt ist, daß Ausrüstungsgegenstände übergeben werden.

Min. H e l m e r : Ich werde das einrichten.

Gen. I r w i n : es ist dies eine wichtige Angelegenheit, die - glaube ich - ganz offen durchgeführt werden kann. Es handelt sich ja nur um eine kleine Gruppe, die dazu ausersehen werden soll.

Es ist aber noch eine große Reihe von Detailfragen zu erörtern, mit denen er (GenIrwin) die Regierung nicht befassen will. Gen.Irwin schlägt ~~ein Komitee~~ vor, in Wien eine kleine Gruppe von Leuten zu bilden, die hier die Berichte des Mj.Rauscher und des Salzburger Komitees auswerten.

Min.Helmer sagt: Wir werden für die 5000 Mann einen höheren Offizier stellen müssen, der die Ausbildung überwacht. Dieser soll in der westlichen Zone und mit

Gen.Irwin setzt fort:

Major Rauscher in Verbindung sei. Hier in Wien werden wir eine Stelle für ~~Fachleute~~ Bundesheer-Fachleute schaffen, die alles vorbereitet, und bearbeitet, was aus Salzburg kommt.

Gen. I r w i n: das stimmt mit unseren Plänen überein. Wir haben uns eine Gruppe bestehend aus 4 Leuten vorgestellt, 2 Herren aus dem Bundesministerium für Inneres, 2 Fachleute.

Min. H e l m e r: es wird so sein.

Botschafter D o n n e l l y liest einige Namen aus einer Liste vor: S.Chef Dr.Krechler oder sein Stellvertreter Dr.Pammer, Major Kimmel, Liebitzky und Linhardt(?)

Min. H e l m e r erwidert darauf: wir werden Vorschläge unterbreiten.

Gen. I r w i n : die zweite Frage ist der Verbindungsweg zwischen Salzburg und Wien. Vom Standpunkte der Sicherheit wäre es nicht ratsam, hoch klassifizierte, vertrauliche Papiere hier in Wien zu behalten. Für die Übermittlung von Nachrichten habe er (Gen.Irwin) einen sicheren Weg. Major Rauscher wird sie an Mr.Imhof weiterleiten, der sie auf demselben Wege wieder zurückgibt.

Min. H e l m e r: einverstanden. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Gen. I r w i n : es wäre wünschenswert, wenn Beamte des B.M.für Inneres mit Mj.Rauscher<sup>T</sup> in Verbindung treten (in der amerikanischen Zone), aber nicht in Wien.

Min. H e l m e r: so wird es geschehen.

Gen. I r w i n will noch die Frage über Generaloberst Raus (oder Rauch) geklärt sehen.

Min. H e l m e r macht jedoch die Einwendung, daß er vorher feststellen muß, daß Major Rauscher dem Ministerium untersteht und sich an die Weisungen dieses Ministeriums zu halten hat.

Gen I r w i n erwidert: Rauscher ist ein Verbindungsman und seine Hauptaufgabe seien die 5000<sup>Mann</sup>.

Nun aber möchte Gen. Irwin die Ansicht der österr. Bundesregierung über Gn. Oberst Raus hören.

Staatssekr. G r a f gibt nun den Grund bekannt, warum er gerade Gen. Oberst Raus vorgeschlagen habe:

Diese ~~15.000~~ 15.000 Mann Kader plus Erweiterung sollten eine einheitliche österreichische Armee bestehend aus voll wehrfähigen Männern im Falle eines Angriffes darstellen. Wenn es zu etwas kommen sollte, muß Österreich als Einheit dastehen. Wenn es zu etwas kommen sollte, hat der Name Raus bei allen gewesenen Wehrmachtsoffizieren den besten Klang und ist für sie der Begriff des großen Heerführers. Man hat Vertrauen zu ihm. Aus diesem Grunde wurde er namhaft gemacht.

Min. G r u b e r: Wir werden auf der Länderbasis mit Programm Nr. 3 beginnen. Es wird sich das Bedürfnis nach einer ~~Koordinationsstelle~~ koordinierten Stelle herausbilden. Dann wird Raus für diese Aufgabe in Vorschlag gebracht. Min. Gruber empfiehlt Raus dem amerikanischen Interesse.

Gen. I r w i n: zum Salzburger Komitee fehlen noch einige Verbindungsleute.

Bundeskanzler F i g l: Wir werden dies in den nächsten Tagen besprechen und zwei Namen nennen.

Gen. I r w i n möchte nun noch einen Punkt besprechen und zwar, die Publizität des Gendarmerie-Trainierungsprogrammes. In der Presse ist hierfür ein zu großes Interesse vorhanden. Gen. Irwin will wissen, ob die österr. Regierung dieser Publizität entsprechend entgegentritt.

Min. H e l m e r erwidert: Die Angriffe erfolgen jedes Jahr und zwar anläßlich der Budgetberatung. <sup>Dort</sup> Darauf werden wir die Antwort geben. Es ist eine Linie von Swiridoff Koplenig. Wir werden dies in entsprechender Weise behandeln. Es ist kein Grund zur Besorgnis vorhanden.

Botschafter D o n n e l l y führt nun an, daß er im Laufe der nächsten Woche die Offiziere für das Simmeringer Flugfeld empfangen wolle und möchte nun über den

den jetzigen Stand dieser Angelegenheit informiert werden  
Min. G r u b e r erwidert: diese Angelegenheit habe eine  
Aufschub erfahren, da der Finanzminister inzwischen in  
Amerika gewesen ist. Doch nun bearbeitet der Finanzmini-  
ster bereits diese Angelegenheit und wird die Sache voll-  
kommen in Ordnung kommen. Minister Margaretha hat bereits  
Herrn Harrer die nötigen Aufträge erteilt.

B.K. F i g l fügt hinzu, daß diese Angelegenheit analog  
wie Siezenheim behandelt werden wird.

Min. G r u b e r fährt fort: das letzte Wort müsse man  
dem Finanzminister lassen. Es wird zweckmäßig sein, wenn  
die österr. und die amerikan. Regierung in dieser Sache  
dieselbe Sprache sprechen, wenn es zum Klappen kommen soll

Min. H e l m e r meint, daß die Kommunisten einen großen  
Krach machen werden. Man müsse sich vorher über die Ant-  
wort eindeutig klar sein, wenn Anfragen hierüber erfolge

Min. G r u b e r schlägt folgende Antwort vor:  
daß der Zutritt zum Flugplatz durch die Straßensperren  
derart erschwert ist, daß man in Wien einen Flugplatz  
errichten müsse.

Min. H e l m e r fügt hinzu, daß bevor etwas geschieht,  
eine gute Erklärung ~~erfinden~~ formuliert werden müsse.

B.K. F i g l schlägt vor: Flugplatz ist zu klein und  
völlig ungenügend; deshalb müsse einer in Wien errichtet  
werden.

Botschafter D o n n e l l y fragt B.K. Figl, ob  
er ihm schon eine Antwort über die zwei Baupläne in  
Salzburg geben könne.

B.K. F i g l antwortet: Da ich heute keine Zeit für  
eine Unterredung hatte, wird Makula morgen zu mir kommen.  
Einen Punkt kann ich erwähnen: Wir hörten heute von Paris  
daß die direkte Hilfe nur 105 Mill. Dollar betragen soll.  
Anschließend soll seitens der Botschaft das Interesse be-  
stehen, dies zu publizieren. Ich aber möchte, daß von 81  
Seiten der Botschaft über diese 105 Millionen keine  
Publikation in den Zeitungen.

E r i n n e r u n g s v e r m e r k

*Handwritten notes:*  
Auftrag  
12.11.1953

Über eine Unterredung mit Aussenminister G r u b e r, abgehalten am 12. November 1953 von 9 bis 9 Uhr 45.

G r u b e r kommt darauf zurück, dass in seiner Partei seine Demission gefordert werde. Er meint, dass Raab selbst nicht sehr hinter dieser Forderung stehe, dass er aber von den anderen, vor allem von Figl gedrängt werde. Raab selbst sei mit seiner Arbeit zufrieden und wolle wahrscheinlich Zeit gewinnen. Ihm, Gruber, wäre geholfen, wenn er sagen könnte, dass ihm ein Weg in den Staatsdienst offen stehe. Er machte mich darauf aufmerksam, dass er vor 1938 durch 10 Jahre pragmatischer Beamter gewesen sei, aber die Rehabilitierung wahrscheinlich versäumt habe. Raab würde es genügen, wenn er sozusagen theoretisch damit rechnen könnte, dass er Gruber entferne. Eine sofortige Lösung bzw. Entlassung sei unwahrscheinlich, wenn Raab die Möglichkeit sehe, im Frühjahr Gruber auf jeden Fall entfernen zu können. Ob er dies dann wirklich tun werde, wisse er aber noch nicht, auch Raab noch nicht.

Er würde es vorziehen, nach Beendigung seiner Ministerschaft ins Ausland zu gehen, denn man werde von ihm verlangen, wenn er in Österreich bleibe, dass er mit grösster Vehemenz gegen uns öffentlich kämpfe. Er sagte, die Methoden und die Mittel, welche im Führungskreis der ÖVP gebraucht würden, seien wahre Gangster- und Verbrechermethoden.

Ich gab ihm zu bedenken, dass das Aufgeben des Nationalratsmandats und die Reise ins Ausland auf jeden Fall das Ende seiner politischen Laufbahn bedeute, er solle sich überlegen, ob er das Mandat aufgeben und er solle sich überlegen, zu weit von Österreich wegzugehen, denn dann werde auch seine politische Tätigkeit erledigt sein. Ich machte ihn auch darauf aufmerksam, dass eine politische Aktivität in Amerika gar nicht zu den Augen Raabs kommen würde, denn ein Aussenminister, wie Figl, würde doch so handeln, dass er, Gruber, ganz in Vergessenheit gerate.

G r u b e r meint, Raab danke eigentlich daran, einen Beamten zum Aussenminister zu machen. Er könne sich das aber jetzt nicht leisten, weil der Bauernbund zur Zeit das Aussenministerium für sich fordere.

Gruber versichert, es sei ihm gedient, wenn man Raab sage, dass man seiner Rehabilitierung als Beamter nichts entgegensetze und wenn ich Raab sage, ich würde mich darum bemühen, bei meinen Parteifreunden den Widerstand gegen eine Berufung Grubers auf eine diplomatische Stelle im Frühjahr zu überwinden.

*Handwritten:* Einlöser  
1954

ERINNERUNGSVERMERK

*M. P. ...*  
 über eine kurze Besprechung mit Aussenminister Figl  
 am 28. November 1953 um 3/4 11 Uhr.

Aussenminister Figl kam auf seinen Wunsch, um sich  
 vorzustellen.

Er sprach den Wunsch aus, so wie in der Vergangenheit,  
 loyal zusammenzuarbeiten und verwies darauf, daß er sich  
 mit Kreisky gut stehen werde.

Auf meine Frage über die Zukunft Grubers erklärte er,  
 dieser wolle endgültig aus der Politik heraus und strebe  
 einen Diplomatenposten in Washington an; er werde nicht  
 mehr in die Politik zurückkehren; auf die weitere (Fang-)fra-  
 ge: "Raab hat schon lange daran gedacht, sich Grubers zu  
 entledigen, er brauche solche Leute nicht", antwortete er:  
 "Ja, er war Raab unangenehm und er wollte ihn schon seit  
 langem weghaben".

Er bestätigte mir schliesslich, dass Gruber ihm gegenüber  
 loyal gewesen sei.

Auf die weitere Frage, ob seine Berufung glatt gegangen  
 sei, antwortete Figl mit einer Handbewegung, alles war glatt  
 und selbstverständlich, nur die Tiroler mussten (sozusagen  
 gegen ihren Willen) zu Gruber stehen.

Einlegen  
 Wien, am 1. 11. 1953 - 134 - *[Signature]*